

MEDIENKONFERENZ VOM 26. AUGUST 2011

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom und Sekretariatsleiter

Lohnforderungen der SGB-Verbände

2 bis 3 Prozent mehr Lohn – mindestens aber 100 Franken plus Teuerung

90 Prozent der Arbeitnehmenden arbeiten in Branchen oder Firmen, denen es gut geht

Die Schweizer Wirtschaft hat sich nach der Finanzkrise schnell und stark erholt: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs mit Raten von über 2 Prozent und befindet sich wieder über dem Vorkrisenniveau. Und ein grosser Teil der Binnenwirtschaft hat von der Krise wenig gespürt. Branchen wie der Bau, das Gesundheitswesen, aber teilweise auch Verkehr und Kommunikation, wuchsen fast ununterbrochen weiter. Dass in zahlreichen Wirtschaftszweigen von Arbeitskräftemangel die Rede ist, überrascht deshalb nicht.

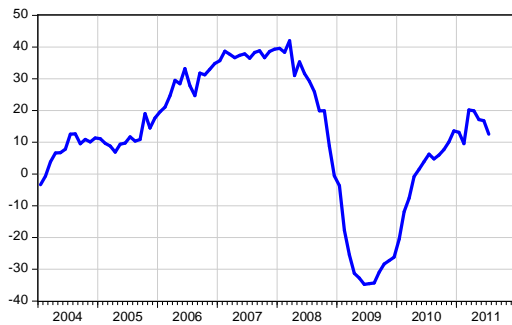
Obwohl der Franken gegenüber Währungen wie dem Euro oder Dollar neue Höchststände erreicht hat, ist das Problem der Frankenstärke für die diesjährigen Lohnverhandlungen über weite Strecken nicht relevant. Rund 90 Prozent der Schweizer Arbeitnehmenden arbeiten in Branchen, die nicht wechselkurs sensitiv sind. Die hauptsächlich betroffenen Branchen sind Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) und Tourismus. In der MEM-Branche arbeiten knapp 250'000 Personen, in der Hotellerie etwas weniger als 80'000 (punktuell dazu kommen noch Betroffene in anderen Branchen). Gemessen an der Gesamtbeschäftigung von rund 4.1 Mio. Personen sind das knapp 10 Prozent. In der Lohnrunde 2011/12 kann der starke Franken deshalb grundsätzlich kein Argument gegen Lohnerhöhungen sein. Bei Firmen in Schwierigkeiten muss so oder so von Fall zu Fall geschaut werden.

Positive Geschäftslage – Verteilungsspielraum ist vorhanden

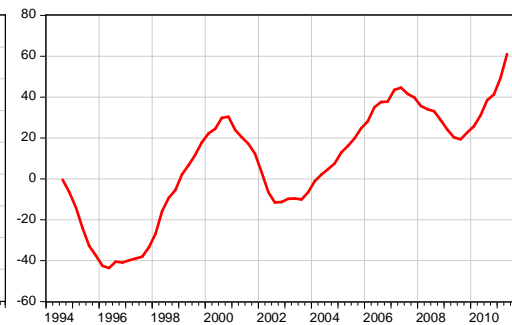
Die gute Verfassung der Schweizer Wirtschaft spiegelt sich in den Unternehmensumfragen. In der Industrie bezeichnen die Firmen ihre Geschäftslage mehrheitlich als gut oder befriedigend. Der Bau meldet sogar historische Höchststände.

Beurteilung der Geschäftslage (Saldo gemäss KOF-Umfrage)

Industrie



Baugewerbe



Auch aus dem Dienstleistungssektor liegt – mit Ausnahme des Tourismus' – ein positives Bild vor. Die Gewinnsituation hat sich verbessert oder ist zumindest stabil geblieben. Gemäss Juni-Umfrage der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) bezeichnen die Firmen der Branchen Verkehr/Kommunikation/Informatik ihre Geschäftslage als sehr gut. Auch in den Banken und Versicherungen wird die Geschäftssituation als positiv beurteilt.

Die Staatshaushalte befinden sich ebenfalls in guter Verfassung. Bund, Kantone und Gemeinden werden im laufenden Jahr hohe Überschüsse ausweisen. Gemäss einer Schätzung des Bundes nehmen Kantone und Gemeinden zusammen über 3 Mrd. Franken mehr ein als sie ausgeben. Auch beim Bund dürfte ein Überschuss von 2.5 Mrd. Franken resultieren.

Der Verteilungsspielraum bzw. das Geld für Lohnerhöhungen ist in einem grossen Teil der Branchen und Firmen vorhanden.

Produktivität und Teuerung

Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik verlangt, dass die Löhne gemäss Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Teuerung steigen. Für das laufende Jahr ist mit einer Teuerung im Bereich von 0.6 Prozent zu rechnen. Bei der Produktivität muss von jährlichen, konjunkturbedingten Schwankungen abstrahiert werden. Es wird von einem mittleren Wachstum über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgegangen. Von 2002 bis 2008 wuchs die Arbeitsproduktivität im Mittel um 1.5 Prozent pro Jahr.¹ Nimmt man die mittlere Zunahme der Arbeitsproduktivität und Teuerung zusammen, ergibt das einen Anstieg von 2.1 Prozent. Nicht berücksichtigt ist die Tatsache, dass in den letzten Jahren vor allem die Gutverdienenden von Lohnerhöhungen profitiert haben, während die tiefen und mittleren Löhne vergleichsweise wenig gestiegen sind.

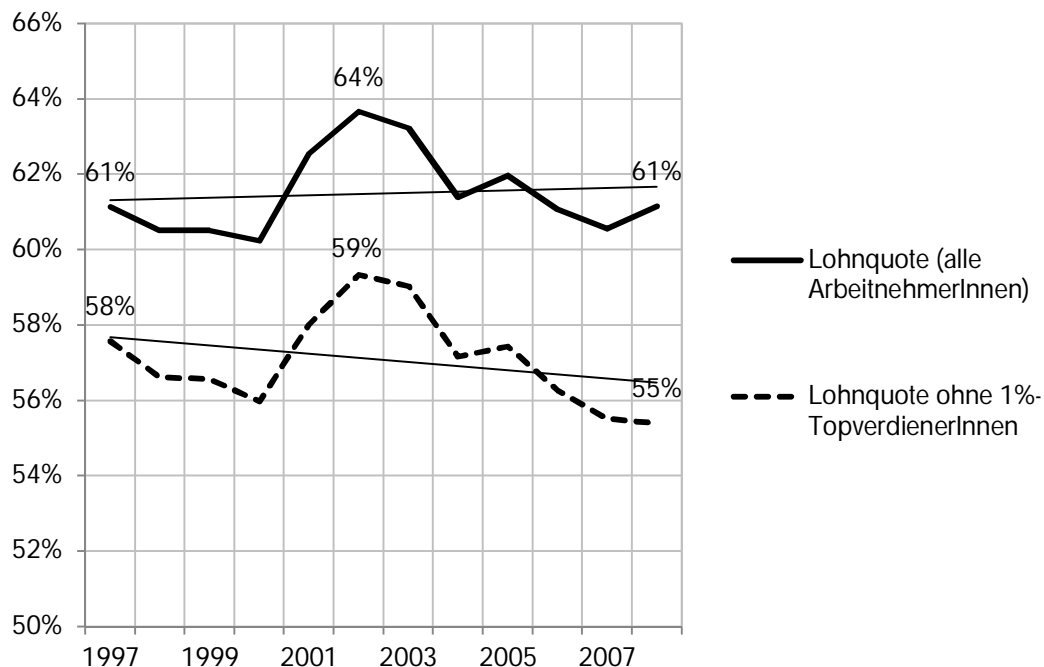
Mehr Lohn für die tiefen und mittleren Gehälter

Im letzten Konjunkturaufschwung der Jahre 2004 bis 2008 hatten die Beschäftigten mit tiefen und mittleren Einkommen das Nachsehen. Ihre Reallöhne sanken sogar (Unterste 25 Prozent: -1.2 Prozent; Medianlohn: -0.3 Prozent). Profitiert haben die hohen und höchsten Einkommen. Die Zahl der Gehaltsmillionäre (1 Mio. und mehr Lohn) hat sich in den Jahren 1997 bis 2008 mehr als verfünffacht (von 510 auf über 2824 Personen).

¹ Business sector = BIP bzw. Gesamtbeschäftigung ohne öff. Verwaltung, Unterrichts- und Gesundheitswesen. Bestimmung des Zyklus' mit einem Hodrick-Prescott-Filter.

Die Gehaltsmillionäre haben ihren Anteil an der gesamten Lohnsumme auf Kosten der Normalverdienenden erhöht. Das zeigt die Entwicklung der Lohnquote: Die Lohnquote enthält alle Personalkostenkomponenten, also auch die stark gestiegenen Saläre und Boni der Manager. Klammert man die Saläre des einen Prozents Topverdiener (ca. 40'000 Personen) aus, ergibt sich ein gänzlich anderes Bild. Ohne das bestbezahlte Prozent der „Arbeitnehmenden“ sinkt die Lohnquote. 99 Prozent aller Arbeitnehmenden haben folglich einen kleineren Anteil an der Wertschöpfung als noch vor 10 Jahren. Waren es 1998 noch 58 Prozent des gesamten BIP und im Nachgang der Krise 2001 sogar 59 Prozent, so verringerte sich dieser Anteil auf 55 Prozent im Jahr 2008. Das eine Prozent Topverdiener verdoppelte seinen Anteil in 11 Jahren von 3 auf 6 BIP-Prozente!

Entwicklung der Lohnquote mit und ohne 1%-Topverdiener von 1997 bis 2008



Diese Öffnung der Lohnschere ist zu einem beträchtlichen Teil die Folge der Individualisierung der Lohnpolitik. Mit individuellen Boni und Mitarbeiterbeteiligungen wurde das Lohnniveau vor allem auf Kaderebene massiv in die Höhe geschraubt. Diejenigen, die die Personalbudgets hätten verteilen sollen, haben sich selber die grössten Stücke genommen. Grundlage für eine gerechte und ausgeglichene Lohnentwicklung sind deshalb generelle Lohnerhöhungen. Sie garantieren, dass die Personaletats an die tiefen und mittleren Einkommen weitergeben werden und nicht bei den Kadern hängen bleiben. Eine weitere Erfolgsbedingung ist der Ersatz von Boni durch Fixlöhne.

Die Lohnforderungen der SGB-Verbände

Die SGB-Verbände fordern Lohnerhöhungen von 2 bis 3 Prozent. Mindestens aber 100 Franken pro Monat plus Ausgleich der Teuerung. Die Lohnerhöhungen sollen generell erfolgen. Einmalzahlungen werden abgelehnt.